



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zur

Motion

Nr. 7 2012/2016

von Albert Schwarzenbach und Markus Mächler
namens der CVP-Fraktion

vom 3. Oktober 2012

(StB 750 vom 25. September 2013)

Neue Agglopolitik für die Stadt Luzern

Der Stadtrat nimmt zur Motion wie folgt Stellung:

Das Projekt „Starke Stadtregion Luzern“ hatte zum Ziel, mit neuen, verbindlichen Organisationsstrukturen die Region Luzern zu stärken. Das Modell verstärkte Kooperation mittels Mehrzweckgemeindefverband fand dabei keinen Rückhalt. Zum Modell Fusion dagegen hatte sich die Stadtbevölkerung in der Volksabstimmung vom 17. November 2011 mit 62,3 Prozent Ja-Anteil ausgesprochen. Seither ist das Ziel Gemeindefusion in der Gemeindeordnung verankert.

Das Projekt Starke Stadtregion Luzern war von den Gemeindeexekutiven und der Kantonsregierung gemeinsam in Auftrag gegeben worden. Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage erlebten das Projekt als „von oben verordnet“. Sie wünschten sich vielmehr den Anstoss zu Neuerungen aus zivilgesellschaftlichen Kräften. Parteien, Verbände, Vereine und Einzelpersonen sollten sich engagieren, damit erkennbar werde, dass die Bevölkerung eine Veränderung auch wirklich wolle. Die Zeit dazu sei nicht reif.

Die Argumente der Gegnerschaft hatten sich durchgesetzt. Während sich Adligenswil überdeutlich und Ebikon sowie Kriens sehr deutlich gegen weitere Fusionsabklärungen ausgesprochen hatten, sprachen sich in Emmen lediglich 53,6 Prozent gegen weitere Fusionsabklärungen aus. In allen Gemeinden ausser Luzern waren die Fusionsbefürworterinnen und -befürworter in der Minderheit. In allen am Projekt Starke Stadtregion Luzern beteiligten Gemeinden führten Gegner der Vorlage aus, die aktuelle Form der Zusammenarbeit innerhalb der Agglomeration Luzern sei lediglich fallweise zu optimieren. Man sprach vom „Status Quo plus“. Gemeint waren damit beispielsweise verstärkte Absprachen zwischen den Gemeinden bei Entwicklungsprojekten oder gemeinsame Lösungen bei Dienstleistungsangeboten.

Die heutige Agglomerationspolitik entspricht der Agglomerationspolitik vor dem Projekt Starke Stadtregion Luzern. Die Gemeinden der Agglomeration Luzern arbeiten in zahlreichen gemeinsamen Organisationen gut zusammen. Diese sind im Schlussbericht zum Projekt „Starke Stadtregion Luzern“ ab Seite 39 aufgelistet. Die Stadt Luzern ist bei den meisten Organisationen vertreten. Die politisch und/oder finanziell bedeutsamsten bestehenden Kooperationen sind:

- Verein LuzernPlus
- Verband Luzerner Gemeinden VLG
- Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern REAL
- Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG
- Zivilschutzorganisation ZSO Pilatus
- Zweckverband Grosse Kulturbetriebe
- Verkehrsverbund Luzern VVL

Hinzu kommen mehrere in bi- und multilateralen Verträgen geregelte Kooperationen wie beispielsweise die Regionalen Zivilstandsämter.

Die allermeisten Kooperationen bestehen, um Aufgaben im Verbund effizienter zu erbringen. Es besteht in der ganzen Agglomeration Luzern Konsens, dass die bestehenden Kooperationen fortgeführt und wo möglich ausgebaut werden sollen. In den letzten Jahren sind einige grosse Verbände, meist auf Grundlage bereits bestehender Kooperationen entstanden: VLG, REAL, VVL, LuzernPlus sowie die sieben regionalen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden. Damit konnten Kräfte gebündelt werden, oft sogar kantonsweit. Zurzeit laufen Arbeiten zu einer gemeinsamen Sportstättenfinanzierung bei Eis- und Wassersportinfrastrukturen. Der Stadtrat hofft, dass sich alle Gemeinden der Agglomeration Luzern daran beteiligen.

Sowohl im VLG als auch im Verein LuzernPlus sind aktuell Diskussionen in Gange, die besonderen Bedürfnisse der grössten Gemeinden, welche ausser Ebikon alle eine Sonderorganisation mit Parlament aufweisen, genauer zu analysieren. Im Rahmen dieser Gespräche und Arbeiten könnten sich allenfalls neue Zusammenarbeitsstrukturen ergeben. Es ist ein Verständnis gewachsen, dass diese Gemeinden mehr Verbindendes als Trennendes haben. Die Stadt gibt sich sowohl auf Ebene von Exekutivmitgliedern als auch der Verwaltung aktiv in die Projekte ein.

Unter dem Titel K5 haben sich die Gemeindepräsidenten von Ebikon, Emmen, Horw, Kriens und Luzern innerhalb von LuzernPlus zum Ziel gesetzt,

- mit regelmässigem, institutionalisiertem Austausch die strategischen Ausrichtungen der fünf Gemeinden besser zu koordinieren;
- gegenüber Kanton und Bund mehr politisches Gewicht zu entfalten;
- und womöglich Verwaltungsabläufe kostengünstiger resp. effizienter zu gestalten.

Die Konzeptideen von K5 werden weiter verfeinert. Insbesondere geht es darum, Organisationsform und Zuständigkeiten der verschiedenen gemeindeübergreifenden Kooperationsgremien zu definieren und damit Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Die Motionäre regen in erster Linie den Ausbau innerhalb der bestehenden Kooperation oder in analogen Organisationsformen an. Dabei stellt der Stadtrat fest, dass sich äusserst selten Möglichkeiten zu ganz neuen Kooperationen ergeben. Jene Bereiche, in denen beachtliche finanzielle oder qualitative Vorteile zu erwarten sind, sind bereits zusammengelegt. Weitere Kooperationen bringen dagegen relativ bescheidene Gewinne, denn die Verwaltungen in den Agglomerationsgemeinden erfüllen ihre Aufgaben zu vergleichbaren Kosten. Hingegen müssten bei Zusammenlegungen einzelner Aufgaben Stellen abgebaut werden, was schon

manches Projekt scheitern liess. Um neue Kooperationen einzugehen, ist der politische Wille lediglich Startbedingung. Danach müssen die operationalen Rahmenbedingungen für alle beteiligten Gemeinden stimmen: finanzieller Minderaufwand, personelle Umstände, räumliche Möglichkeiten. Um Zusammenarbeitsprojekte zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, braucht es die Gunst der Stunde. Beispielsweise fanden Anfang dieses Jahres Diskussionen zwischen Kriens und Luzern zur Schaffung eines gemeinsamen Teilungsamtes statt. Leider ohne erfolgreichen Abschluss. Zuvor waren Offerten der Stadt, das Betreuungswesen für die Gemeinde Horw zu übernehmen oder Schulkinder aus dem Bireggquartier im Schulhaus Hubelmatt zu unterrichten, abgelehnt worden. Ebenso scheiterten Diskussionen um ein gemeinsames Friedensrichteramt zwischen Kriens und Horw. Gemeinsam ist allen Fällen: Der politische Wille ist nicht gross genug, um Hindernisse gemeinsam zu überwinden. Die Angst, Eigenständigkeit zu verlieren ist zu gross.

Dennoch ist der Stadtrat der Auffassung, dass bestehende Kooperationen weiter zu verfolgen sind. Insbesondere ist der Ausbau der heutigen Kooperationen für die Stadt interessant, als dadurch das gegenseitige Verständnis und das Vertrauen zu einander gestärkt werden. Ebenso bieten Kooperationen die Gelegenheit, die Zahl unterschiedlicher Reglementierungen innerhalb des funktionalen Raums Luzern zu verringern. Gemäss Art. 3 a, Abs. 2 der Gemeindeordnung hat der Stadtrat die Voraussetzungen für eine Fusion mit Agglomerationsgemeinden zu schaffen. Die Bevölkerung drückt ihren diesbezüglichen Willen nach wie vor aus. Verlässliche, transparente Kooperationen schaffen solche Voraussetzungen. Das Führen erneuter Fusionsgespräche steht für den Stadtrat während der laufenden Legislatur aber ausser Frage.

Die Fortführung der bestehenden Kooperationen und deren behutsamer Ausbau sind agglomerationspolitisch die zurzeit einzigen erfolgsversprechenden Optionen. Die Bestimmung in der Gemeindeordnung bleibt für den Stadtrat jedoch Auftrag. Sie bestimmt die Richtung der städtischen Agglomerationspolitik. Aus Sicht des Stadtrates braucht es dazu keinen gesonderten Planungsbericht.

Der Stadtrat lehnt die Motion ab.

Stadtrat von Luzern

